



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Am Sonntag geht es um die Zukunft Baden-Württembergs!

Der Endspurt hat begonnen! Bei den Landtagswahlen am Sonntag geht es um die Zukunft unseres Landes. Jetzt stehen wir alle in der Pflicht, gemeinsam für einen Sieg der CDU zu kämpfen!

Entgegen mancher Schlagzeilen der letzten Tage ist die Landtagswahl noch längst nicht entschieden. Denn immer mehr Wählerinnen und Wähler – Schätzungen liegen bei 15-20% - entscheiden sich erst unmittelbar am Wahltag, für welche Partei sie stimmen. Daher haben wir noch alle Chancen, diese Wahl mit unserem Ministerpräsidenten Stefan Mappus zu gewinnen.

Am Sonntag geht es um eine ganze Fülle von Themen, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in den nächsten fünf Jahren entscheidend sind:

Es geht darum, ob wir weiterhin beim Wirtschaftswachstum Spitze bleiben, ob die Arbeitslosigkeit und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit auch weiterhin die geringste in Deutschland bleibt, ob unsere Universitäten auch weiterhin bei Forschung und Lehre an erster Stelle stehen und ob wir uns in

Baden-Württemberg auch weiterhin sicher fühlen können.

Und es geht darum, ob unsere Schulen auch weiterhin allen Kindern beste Bildungschancen ermöglichen. Rot-Grün-Rot will die Einheitsschule und damit Gymnasium, Realschule und Hauptschule abschaffen. Wir wollen aber nicht für alle das Gleiche, sondern für jeden Schüler das Richtige!

Wie rot-grün/grün-rot munter und gegen die Landesverfassung die Schulden hochtreibt, ist derzeit in NRW zu beobachten. In Baden-Württemberg dagegen wird der Landeshaushalt ab 2014 erneut ohne neue Schulden auskommen. Trotzdem gilt unser Wort: Bei Bildung, Forschung und Infrastruktur gibt es keine Abstriche!

Es steht viel auf dem Spiel und jeder kann in den letzten drei Tagen mithelfen! Sprechen Sie in der Familie, mit Freunden und Bekannten darüber, worum es am Sonntag geht. Oder bieten Sie älteren Nachbarn an, sie ins Wahllokal zu fahren. Denn am Sonntag kommt es auf jede Stimme an! Helfen Sie mit!

Europäischer Rat beschließt Gesamtpaket zur Euro-Stabilisierung

Für die dauerhafte Stabilisierung des Euro wurden in einem Gesamtpaket drei Schritte beschlossen: 1. Der bestehende und von rot-grün aufgeweichte Stabilitäts- und Wachstumspakt wird verschärft. Sanktionen greifen künftig früher und es wird schwerer, sie politisch zu verhindern. 2. Der „Pakt für den Euro“ sorgt für eine stärkere wirtschafts- und haushaltspolitische Koordinierung der Euro-Staaten, damit bei Fehlentwicklungen frühzeitig gegengesteuert werden kann. Und schließlich wird als letzter Schritt ein dauerhafter Krisenmechanismus geschaffen, der betroffene Staaten finanziell unterstützt, sofern es trotzdem zu einer Krise kommt. Voraussetzung für Hilfe ist, dass die Euro-Zone als Ganzes in Gefahr ist, der

Staat nicht insolvent ist, sondern „nur“ Liquiditätsprobleme hat und er einem umfassenden und einschneidenden Reform- und Sparprogramm zustimmt. Zudem müssen auch private Gläubiger an den Kosten beteiligt werden.

Noch vor wenigen Wochen bezweifelten die meisten Beobachter, dass es Bundeskanzlerin Merkel gelingen würde, dieses Gesamtpaket beschließen zu lassen. Ihrer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass jetzt ein umfassendes Stabilisierungssystem entwickelt wurde, das einen Frühwarnmechanismus für Krisen enthält und den Empfängern von Hilfen große Anstrengungen auferlegt. Damit konnten die deutschen Positionen weitgehend durchgesetzt werden.

Deutschland ist verlässlicher Bündnispartner

In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Unionsfraktion hat in dieser Woche im Deutschen Bundestag die politischen Ziele der Vereinten Nationen, die durch diese Resolution zum Ausdruck kommen, ausdrücklich unterstützt. Deutschland wird sich allerdings nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen. Dafür entlastet Deutschland seine NATO-Partner mit zusätzlichen Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan. Heute hat der Bundestag dem Einsatz von AWACS-Flugzeugen mit breiter Mehrheit zugestimmt.

Familienpflegezeit kommt

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den Gesetzentwurf zur Familienpflegezeit beschlossen. Dieser bringt wesentliche Verbesserungen für pflegende Angehörige, denn er ermöglicht es Menschen, sich bei einem Pflegefall Zeit für Verantwortung zu nehmen und dennoch im Beruf zu bleiben. Ein Modell – ähnlich der Altersteilzeit – sorgt in der Pflegephase dafür, dass die Pflegenden trotz Reduzierung ihrer Arbeitszeit keine großen finanziellen Einbußen hinnehmen müssen: Die materielle Existenzgrundlage bleibt erhalten. Die reduzierten Beitragszahlungen in der Familienpflegezeit werden durch die Leistungen der Pflegeversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung ausgeglichen und verhindern Einbußen bei den Rentenanwartschaften. Altersarmut, die heute oftmals Folge einer Pflegeauszeit ist, wird vermieden. Bis zum Jahr 2013 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen von jetzt 2,3 Millionen auf mindestens 3,5 Millionen Menschen erhöhen. Die Mehrheit der Pflegebedürftigen wünscht sich, in häuslicher Umgebung von Angehörigen gepflegt zu werden. Daher kommt der Gesetzentwurf den Wünschen sowohl der Pflegebedürftigen als auch der Pflegenden entgegen und ist somit ein Meilenstein auf dem Weg, das große Thema der bedarfsgerechten Pflege in einer rasch alternenden Gesellschaft zu bewältigen.

Ausländische Berufsabschlüsse werden leichter anerkannt

Die Bundesregierung hat am Mittwoch den von der Bundesministerin für Bildung und Forschung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen beschlossen. Wer einen Beruf gelernt hat, verdient auch die Chance, ihn auszuüben. Dabei kann es nicht darauf ankommen, wo die Ausbildung stattgefunden hat. Entscheidend ist, dass die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten vorhanden sind. Jeder der bei uns lebt, hat künftig einen Anspruch auf faire und zügige Prüfung seiner im Ausland erworbenen Qualifikationen. Entsprechen diese einem deutschen Abschluss, wird die Anerkennung ausgesprochen. Entsprechen sie nur teilweise dem deutschen Abschluss, kann der Betroffene durch Nachqualifizierung ebenfalls die Anerkennung bekommen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag sowohl zur Integration als auch zur Versorgung unserer Wirtschaft mit qualifizierten Fachkräften.

Einführung des Bundesfreiwilligendienstes

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes schafft künftig für alle Bürgerinnen und Bürger ein zusätzliches Angebot, das Gemeinwesen mitzugestalten und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst wird Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern. Parallel zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes werden die Länder beim Ausbau der heute schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste unterstützt und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) noch intensiver gefördert. Die unterschiedlichen Konzepte und Formate der Freiwilligendienste sollen für die Freiwilligen gleich attraktiv sein.